

Im Schatten des Ostens : Bericht von einer Studientagung des "Ennstaler Kreises" in der Steiermark

Autor(en): **Heimann, Rudolf A.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **35 (1955-1956)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-160422>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

IM SCHATTEN DES OSTENS

Bericht von einer Studientagung des «Ennstaler Kreises» in der Steiermark

Eine kürzlich im kommunistischen China veröffentlichte Weltkarte zeigt unter denjenigen Staaten, die «noch um die Freiheit kämpfen», neben Korea und Indochina unsere Nachbarrepublik Österreich. Es erhellt hieraus die hervorragende Rolle, welche Österreich im Fahrplan des Ostens spielt: Es ist die letzte westliche Bastion, die weit in den slawischen Raum vorspringt, nachdem Schlesien und Ostpreußen gefallen und durch die Vertreibung der deutschen Bevölkerung in den slawischen, den kommunistischen Machtbereich eingegliedert worden sind. So ist Österreich heute wiederum Grenzland geworden wie zu den Zeiten, als sich die Wellen der osmanischen Heerzüge an den Wällen Wiens brachen. Jede geistige Bemühung in der österreichischen Bundesrepublik, im Umbruch der heutigen Zeit einen Weg zu suchen und zu finden, steht unter dem Zeichen dieser Drohung des Ostens.

Aus dieser Situation heraus erwuchs vor einigen Jahren in der Steiermark die Idee, Persönlichkeiten der Wirtschaft, der Politik und des Geisteslebens in einer parteipolitisch neutralen Vereinigung zu sammeln mit dem Ziel, durch den Kontakt von Mensch zu Mensch, durch gegenseitige Aussprache nach Wegen zu suchen, die geeignet sind, die Verteidigung der geistigen Bastion Österreich im Ansturm des Ostens zu ermöglichen. Einer der Initianten dieses Unternehmens war der aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangene Landeshauptmann der Steiermark, *Joseph Krainer*. So entstand der *Ennstaler Kreis*. Der Schreiber hatte die Gelegenheit, unlängst an einer Studientagung dieses Kreises in *Bad Aussee* teilzunehmen und sich zu überzeugen von dem ernsthaften Suchen dieser Gruppe von Politikern, Schriftstellern, Unternehmern und Journalisten nach den geistigen Grundlagen, auf welchen der Widerstand gegen die rote Flut des Ostens aufgebaut werden kann. Die Diskussionen wurden bereichert durch die Anwesenheit namhafter Persönlichkeiten aus der westdeutschen Bundesrepublik.

Dem Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland galt denn auch das erste Referat des Historikers Professor Dr. *Taras Borodajkewycz*. Der ehemalige Schüler des großen österreichischen Historikers Heinrich Ritter von Srbik hatte Gelegenheit, früher und heute gesperrtes Aktenmaterial einzusehen, aus dem sich wertvolle Aufschlüsse über die österreichische Politik zwischen den beiden Weltkriegen ergeben. Besondere Aufmerksamkeit verdiente dabei die Klärung der Konzeption des österreichischen Bundeskanzlers Ignaz Seipel, der im Kleinstaatdasein Österreichs zwar eine gute Lehre erblickte, jedoch die deutsch-österreichische Lösung von Versailles und St. Germain nur als eine Übergangslösung anerkannte.

In den weltgeschichtlichen Zusammenhang hinein führte das Referat von Professor Dr. *Hans Koch*, einem Mitbegründer des Ennstaler Kreises, der heute das Osteuropa-Institut der Universität München leitet. Unter dem Titel *Das Jahr 1955 in der österreichischen Weltgeschichte* sprach er zuerst vom zehnjährigen Jubiläum des Durchbruches der Russen über die Weichsel zu Anfang 1945. Mit diesem Datum begannen die mitteleuropäischen Vertreibungen. Die erschütternde Bilanz dieses weltgeschichtlichen Vorgangs wurde an Hand der heute bekannten Mindestzahlen in Erinnerung gerufen: Vertrieben wurden aus Nordsiebenbürgen 50 000 Menschen, aus Ostpreußen 2 Millionen, aus Ostpommern 1,75 Millionen, aus Ostbrandenburg 640 000, aus dem Warthegau und Oberschlesien 2,5

Millionen, aus Niederschlesien 4,5 Millionen, aus den Sudeten 3,5 Millionen, aus Ungarn 200 000, aus der Batschka (Serbien) 150 000, aus Elsaß-Lothringen 200 000, aus Helgoland 2500 und aus der Ostzone 1,5 Millionen. Vom Januar 1945 bis zum Sommer 1945 wurden insgesamt 19,5 Millionen Menschen in Bewegung gesetzt, von denen schließlich 14 Millionen in Westdeutschland und in Österreich anlangten. 5,5 Millionen gingen zugrunde, das sind mehr als die gesamten deutschen Kriegsverluste in den 6 Jahren des zweiten Weltkrieges.

Das zweite Jubiläum des Jahres 1955 kann am 10. August gefeiert werden, im Andenken an den Sieg Ottos des Großen über die Ungarn auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahre 955. Damals wurde die Gefahr aus dem Osten abgewendet. Der Kampf ging weiter durch die Jahrhunderte. Heute stehen die Russen in Wien und Berlin. Und es sind nicht mehr einzelne Horden, die in den europäischen Raum vorstoßen, sondern zum ersten Male in der Geschichte stehen die Slawen, als konzentrische, technisierte und organisierte Masse Ost- und Mitteleuropa gegenüber.

Das dritte Jubiläum des Jahres 1955 ist dasjenige des Augsburger Religionsfriedens von 1555. Hier wurde die *Koexistenz* zwischen den Katholiken und den Protestanten ermöglicht. Was veranlaßte den Kaiser Ferdinand I. dazu, diesen Frieden zu schließen? Es war die Drohung aus dem Osten: der Türke stand vor Preßburg. Heute steht der Feind zwischen Wien und Berlin. Möge die Gegenwart der Lehre des Augsburger Religionsfriedens folgen! Die Engpässe in der europäischen Geschichte wurden bis jetzt immer in positivem Sinne für Europa überwunden, wenn Europa sich seiner Einheit und seiner weltgeschichtlichen Aufgabe bewußt war.

Mit Staatssekretär a. D. Dr. *Otto Lenz*, Mitglied des westdeutschen Bundestages, kam eine interessante deutsche Stimme zum Wort. Der Referent gehörte seinerzeit zum Widerstandskreis um Gördel und war einer der Begründer der CDU. Als Staatssekretär im Bundeskanzleramt Adenauers hatte er einen großen Einblick in die westdeutsche Politik der letzten Jahre. Er orientierte über die Lage in der deutschen Bundesrepublik nach der Genehmigung der Pariser Verträge. Auf Grund sogenannter demoskopischer Befragungen ergibt sich, daß der größte Widerstand gegen die Wiederbewaffnung von den deutschen Frauen ausgeht. Die Aufgabe ist heute, dem deutschen Volke klarzumachen, daß das Wirtschaftswunder nur möglich war, weil andere die Bundesrepublik gegen den Osten schützten, daß ein nochmaliges Scheitern die Mitte Europas schutzlos lassen würde, weil sich die USA zurückziehen würden. Auf dem Hintergrund dieser weltpolitischen Situation muß das Vertragswerk beurteilt werden. Die Wiedervereinigung wird erst möglich sein, wenn man den Russen als starker Verhandlungspartner entgegentritt. Es gibt nicht, wie die westdeutschen Sozialisten meinen, eine Rangordnung der Probleme, sondern nur zweckmäßige Lösungsmöglichkeiten. Heute können und müssen wir das Europaproblem lösen. Dann können wir die Situation abwarten, die eine Wiedervereinigung möglich macht.

In der anschließenden Diskussion wurde auf die Gefahren hingewiesen, die sich aus einer deutschen Nationalarmee ergeben könnten, falls die Idee der Rückversicherung nach Rußland die Oberhand gewinnen würde. Diesen Einwänden hielt Dr. Lenz entgegen, daß durch den Oberbefehl der NATO und die Koordinierung der Versorgung usw. diese Gefahr gebannt sei. Gerade weil man in Westdeutschland diese Gefahr kannte, war man für die EVG, und es war deshalb unverständlich, daß gerade die Franzosen dies nicht einsehen wollten. Landeshauptmann *Joseph Krainer* umriß mit scharfen Zügen die völlig anders gartete Situation Österreichs.

Die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus spiegelte sich in einer Vorlesung des steirischen Dichters *Bruno Brehm*. In einem Gespräch zwischen

zwei ehemaligen Frontkameraden wurde hier ein eindrückliches Porträt des östlichen Kollektivismus gezeichnet und gegenüber dem Wesen des Westens abgewogen. Die persönliche Entscheidung jedes einzelnen für den Westen ist die Voraussetzung des Kampfes gegen die bolschewistische Drohung.

Über die Form, in der dieser Kampf in Westdeutschland geführt wird, orientierten *Alfred Gielen* und *Walter Vogel* vom *Kampfbund für Frieden und Freiheit*. Wenn man sich Rechenschaft darüber gibt, daß allein im Ruhrgebiet 420 kommunistische Betriebszellen bestehen und 550 kommunistische Betriebszeitungen herausgegeben werden, dann begreift man, wie notwendig die Gegenagitation ist. Der «Kampfbund für Frieden und Freiheit» setzt sich zum Ziel, den meist in der Ostzone ausgebildeten kommunistischen Kadern freiheitlich gesinnte Gegenkader heranzubilden. Im Rahmen dieser Aktion führte vor kurzem der ehemalige Staatspräsident von Estland, Dr. *Hjalmar Mäe*, eine großangelegte Vortragsreihe im Ruhrgebiet durch. Er berichtete über die hierbei gemachten Erfahrungen. Es zeigte sich, daß die kommunistischen Störversuche keine Durchschlagskraft besaßen. Dies hat seinen Grund darin, daß die kommunistischen Aktivisten in Westdeutschland heute schon in die Illegalität gegangen sind. Deshalb ist die Gefolgschaftsmasse ohne Köpfe und so labil geworden, daß sie durch Aufklärung zum Westen herübergezogen werden könnte. Bedauerlich ist dabei nur, daß die Presse- und Funkorgane diesem Bedürfnis nach Aufklärung nicht mehr entgegenkommen. Bezeichnend für deren Geisteshaltung war etwa die Tatsache, daß bei einer Kundgebung in Hamburg die Radioleute mit der eingestandenen Absicht erschienen: «Wir wollen nur den Krawall übertragen.» Im Bericht der Deutschen Presse-Agentur über die Kundgebung in Bremen war nur von der anschließenden Schlägerei zu lesen, nicht aber vom Positiven der Kundgebung.

Über die Bemühungen zur Aufklärung der Massen in Westdeutschland berichtete der Direktor der Bundeszentrale für Heimatdienst, Dr. *Paul Franken*. Das Problem stellt sich nach seiner Meinung so: Wie gelingt es uns, die demokratische Staatsform im Herzen des deutschen Volkes zu verankern? Die größte Schwierigkeit liegt dabei in dem Charakter des Vorläufigen, welcher der westdeutschen Bundesrepublik heute noch anhaftet. Sehr interessant waren in diesem Zusammenhang die Ausführungen des Stuttgarter Verlegers *Friedrich Vorwerk* über die Mittel, mit welchen die *Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise* auf die verschiedenen Volksgruppen im Sinne demokratischer, staatsbürgerlicher Erziehung zu wirken versucht. Die Information wird durch einen freiwilligen Stab von Rednern in die Dörfer und in die Betriebe hinausgetragen, ähnlich wie dies etwa in der Schweiz der Aufklärungsdienst versucht.

Die abschließende Aussprache, die durch den Chefredaktor der «Süd-Ost Tagespost» in Graz, Dr. *Helmut Schuster*, mit einer fesselnden Analyse der innenpolitischen Situation Österreichs eingeleitet wurde, drehte sich im wesentlichen um die Problematik der Demokratie in Österreich und Westdeutschland. Es gilt hier, die Belastung, welche die Demokratie durch ihre Verbindung mit Niederlage und Zusammenbruch in beiden Ländern erfährt, zu überwinden. Der schweizerische Gast konnte sich bei dieser Aussprache des Eindrucks nicht erwehren, daß dem Aufbau der Demokratie von unten her zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Legitimität der Demokratie läßt sich doch wohl besser erreichen, wenn sie in den Gemeinden, in den kleineren, organischen Gemeinschaften, verankert wird, als wenn man sie nur von oben nach unten predigt. Die demoskopischen Zahlen für Westdeutschland geben in dieser Richtung ein enttäuschendes Bild, erklärten doch 85% der Befragten, daß sie sich nicht für die Politik der Länder interessierten, während 80% nicht wußten, welche Parteien in der Regierungskoalition des betreffenden Landes vertreten waren.

Rudolf A. Heimann